

# Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

26. Januar – 2. Februar 2024

**Kaum zum Premierminister ernannt, ist Gabriel Attal bereits mit seinem ersten Misstrauensantrag konfrontiert.** Er wurde am 30. Januar vom linken Parteienbündnis Nupes vor seiner Grundsatzrede eingereicht und soll am 5. Februar diskutiert werden. In seiner Grundsatzrede stellte Attal die Regierungsziele für die kommenden Monate vor. Der Premierminister versprach u.a. eine Entbürokratisierung der französischen Verwaltungen; Organisationen, Gremien und Ausschüsse, die in den letzten 12 Monaten nicht zusammengekommen sind, sollen abgeschafft werden. Der Premierminister fordert seine Minister außerdem auf, in der Zentralverwaltung mit der Viertagewoche zu experimentieren, und möchte, dass das Reinigungspersonal zu Bürozeiten arbeiten kann. Französische Bürgerinnen und Bürger sollen zeitnah online Anzeige erstatten können. Weitere Prioritäten der Regierung sind die Themenbereiche Wohnungsmarkt, Bildung und Gesundheit.

**Premierminister Gabriel Attal kündigte am 26. Januar 2024 bei einem Austausch mit Landwirten eine Reihe von Maßnahmen zugunsten der Landwirtschaft an.** Er nahm u.a. die Besteuerung auf Agrardiesel zurück; für die Biobranche wurde eine Nothilfe von 50 Millionen Euro in Aussicht gestellt. Frankreich will sich der Unterzeichnung des Handelsabkommens zwischen der Europäischen Union und den lateinamerikanischen Mercosur-Ländern widersetzen. Bei seiner Antrittsrede vor der französischen Nationalversammlung am 30. Januar versprach Premierminister Gabriel Attal, die „französische landwirtschaftliche Ausnahme“ gegenüber der EU verteidigen zu wollen – im Fokus stehen der Export von Geflügel aus der Ukraine sowie die 4 %-Brachland-Reglung. Am 1. Februar stimmte der Premierminister den meisten Forderungen der Bauerngewerkschaft FNSEA zu. Die Mehrheitsgewerkschaft und die Gewerkschaft der Junglandwirte riefen daraufhin dazu auf, die Blockaden auszusetzen, betonten jedoch, die Umsetzung der angekündigten Maßnahmen weiterhin wachsam verfolgen zu wollen. Attal versprach den Landwirten, das Ziel der Ernährungssouveränität gesetzlich verankern zu wollen. U.a. wollen Staat und die Gebietskörperschaften sich verpflichten, in den Kantinen 50 % nachhaltige Produkte und 20 % Bio-Produkte anzubieten. Viehzüchtern wird eine steuerliche Unterstützung in Höhe von 150 Millionen Euro in Aussicht gestellt. Attal kündigte auch an, dass in Frankreich keine Pestizide verboten werden sollen, die anderswo in der EU zugelassen sind.

**Tausende Landwirte protestieren bis zum 1. Februar in ganz Frankreich und blockieren die französischen Hauptverkehrsachsen bis hin nach Belgien.** Zentrales Ziel der Landwirte war die „Belagerung von Paris“. Die Polizei mobilisierte ein Großaufgebot auch mit gepanzerten Fahrzeugen, um einen Stillstand in der Hauptstadt sowie eine Blockade der beiden Pariser Flughäfen und des Großmarktes Rungis zu verhindern. Am 31. Januar kam es in der Nähe von Rungis zu 90 Festnahmen. Insgesamt wurden landesweit über 80 Blockaden mit 4500 Traktoren und 6000 Demonstranten gezählt.

**Klimaaktivistinnen haben im Pariser Louvre Suppe auf das Gemälde der Mona Lisa geschüttet.** Zu der Aktion bekannte sich eine Gruppe von Aktivistinnen, die nach eigenen Angaben mit einer "Kampagne des zivilen Widerstands in Frankreich einen radikalen Wandel der Gesellschaft in klimatischer und sozialer Hinsicht" anstoßen will.

**Die Nationalversammlung hat den Gesetzentwurf zur Verankerung des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch in der Verfassung verabschiedet.** Mit 493 zu 30 Stimmen stimmten die Abgeordneten für den von den Ministern für Justiz und Gleichstellung von Frauen und Männern, Éric Dupond-Moretti und Aurore Bergé, vorgelegten Entwurf. Nach der Nationalversammlung ist nun der Senat an der Reihe, sich innerhalb eines Monats mit dem Text zu befassen. Senatspräsident Gérard Larcher äußerte seine Vorbehalte und betonte, dass "die Verfassung kein Katalog sozialer und gesellschaftlicher Rechte ist". Auch der Fraktionsvorsitzende der Républicains im Senat, Bruno Retailleau, teilt diese Einschätzung.

**Die CGT-RATP, die größte Gewerkschaft des öffentlichen Pariser Verkehrsunternehmens, hat eine Streikankündigung eingereicht, die vom 5. Februar bis zum 9. September laufen soll.** Während sich Gewerkschaften und Management in den jährlichen Pflichtverhandlungen und Gesprächen über mögliche Prämien während der Olympischen Spiele im Sommer in Paris befinden, stellte die CGT-RATP in einem Brief an den Vorstandsvorsitzenden Jean Castex, ehemaliger Premierminister, große Uneinigkeit zwischen Arbeitgeber und -nehmern fest.

**Angesichts der terroristischen Gefahrenlage reduziert Innenminister Gérard Darmanin die Zuschauerkapazität für die Olympischen Spiele an den Seine-Ufern auf 320.000 Personen.** Diese war für die Eröffnungsfeierlichkeiten bislang auf 400.000 Personen festgelegt und im Oktober 2022 sogar auf 600.000 geschätzt worden.

**Der Nestlé-Konzern und andere französische Mineralwasserhersteller stehen im Verdacht, Quellwasser auf illegale Weise desinfiziert zu haben.** Nestlé hatte am 29. Januar bekannt gegeben bestimmte Techniken benutzt zu haben. Dazu zählten etwa die Desinfektion durch Aktivkohle oder UV-Strahlen. Für Leitungswasser sind solche Verfahren erlaubt, aber nicht für Wasser, das als „Quellwasser“ oder „natürliches Mineralwasser“ gekennzeichnet ist. Die französische Regierung war nach Informationen von „Le Monde“ spätestens seit 2021 über Nestlés Vorgehensweise informiert. Eine Untersuchungskommission bestätigte 2022, dass die illegale Desinfektion von Quellwasser weitverbreitet sei.

**Mehrere Familien der französischen Opfer der Hamas-Angriffe vom 7. Oktober in Israel fordern in einem Schreiben an Emmanuel Macron, dass die Anwesenheit der linkspopulistischen Partei La France insoumise an der Ehrung der Opfer der islamistischen Bewegung am 7. Februar in Paris „verboten“ werden sollte.** LFI-Fraktionsvorsitzende Mathilde Panot kündigte ihre Teilnahme an der Veranstaltung an und forderte, dass „alle französischen Opfer dieses Krieges im Nahen Osten geehrt werden, also auch die von der israelischen Armee in Gaza getöteten Franko-Palästinenser“.

**Emmanuel Macron absolvierte Ende Januar einen zweitägigen Staatsbesuch in Indien.** Er wurde von Verteidigungsminister Sébastien Lecornu begleitet. Dieser Besuch folgt auf den Besuch des indischen Premierministers Narendra Modi in Paris anlässlich des französischen Nationalfeiertags am 14. Juli 2023. Mit der Teilnahme Emmanuel Macrons als Ehrengast an der Militärparade zum Republiktag in Neu-Delhi besiegelten Frankreich und Indien die Vertiefung ihrer Partnerschaft. Im Fokus der Gespräche standen die Bereiche Rüstungsgüter, Raumfahrt, Wissenschaft und Technik sowie Gesundheit.

**Im Rahmen eines zweitägigen Staatsbesuchs von Emmanuel Macron in Schweden unterzeichneten Ministerpräsident Ulf Kristersson und der französische Präsident eine neue Erklärung zur strategischen Innovationspartnerschaft zwischen Schweden und Frankreich.** Sie umfasst neue Bereiche wie Kernenergie, Forstwirtschaft und Sicherheit. Beide Länder unterzeichneten 2017 die erste Erklärung zwischen Frankreich und Schweden über eine erneuerte strategische Innovationspartnerschaft für nachhaltige, digitale und widerstandsfähige Gesellschaften. Sie wurde im Jahr 2019 erneuert.

## PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Wenig überraschend wurde die LR-Senatorin Catherine Dumas als neue Fraktionsvorsitzende der Oppositionsgruppe „Changer Paris“ im Pariser Stadtrat gewählt. Die Senatorin Catherine Dumas ersetzt Rachida Dati, die von Staatspräsident Emmanuel Macron zur Kulturministerin ernannt wurde.

## DIE ZAHL DER WOCHE

Das Bildungsministerium meldete am 1. Februar 20,26 % streikende Lehrkräfte. Die Gewerkschaften gehen von 40 % streikenden Grundschullehrern und 47 % streikenden Lehrern in der Mittel- und Oberstufe aus. Lehrer und das gesamte Bildungspersonal sind in ganz Frankreich zu Streiks und Demonstrationen aufgerufen; gefordert wird eine Verbesserung der Bezahlung und der Arbeitsbedingungen.

3	8	4	7
0	2	6	5
5	3	1	2
7	4	9	6
9	8	2	0
			1